



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betriebsräte besser schützen - betriebliche Mitbestimmung in Sachsen-Anhalt stärken!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2689**

Der Landtag wolle beschließen:

Starke Betriebsräte in Sachsen-Anhalts Unternehmen - Demokratie endet nicht am Werkstor

Organisierte Mitbestimmung auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes ist eine wesentliche Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen, engagierte Beschäftigte und letztlich auch für positive Betriebsergebnisse.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt ausdrücklich die auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes durchführbare Bildung von Betriebsräten sowie des dort geregelten besonderen Schutzes für die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Unternehmen, die nachweislich betriebliche Mitbestimmung behindern, dürfen von der Landesregierung nicht unterstützt werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite für die Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung zu werben bzw. deren Vorteile deutlich herauszustellen. Insbesondere soll in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund geprüft werden, ob seitens der Landesregierung weitere Unterstützungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Betriebsratstätigkeit realisierbar sind. Über die Ergebnisse soll der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration informiert werden.

Begründung

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde hervorgehoben, dass Demokratie nicht am Werkstor enden darf. Obwohl die betrieb-

(Ausgegeben am 19.04.2018)

liche Mitbestimmung auf eine lange Tradition in Deutschland zurückblicken kann, wird sie auch heute noch teilweise behindert oder gar gesetzeswidrig versucht aktiv zu verhindern.

So berichten Praktiker aus Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften von Einschränkungen der Betriebsratsarbeit und der Wahl von Betriebsräten durch Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt. Das Land ist hier gefordert, allen Beteiligten die Vorteile betrieblicher Mitbestimmung aufzuzeigen. Verstöße gegen entsprechende gesetzliche Regelungen sind von den zuständigen Stellen zu sanktionieren.

Wir erkennen die wichtige und vielschichtige Arbeit von Betriebsräten in Sachsen-Anhalts Unternehmen mit ihren positiven Auswirkungen ausdrücklich an.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN